



## Sommer, Sonne, Sozialismus

Hi,

Ich bin Elisabeth Kula, bildungs- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE. im Hessischen Landtag. Im letzten Newsletter haben wir über die Proteste der hessischen Klimabewegung berichtet, jetzt zeichnen sich erste Erfolge ab: [In Wiesbaden und Marburg wurde der Klimanotstand ausgerufen!](#) Über die Folgen dieses Beschlusses wird in naher Zukunft viel diskutiert werden - für uns als Linke ist es klar, dass wir antreibender Teil eines sozial-ökologischen Gesellschaftsumbaus sein möchten.

Das erste Mal seit Jahrzehnten fand der [Christopher Street Day in Marburg](#) statt. Es war mir eine besondere Freude, an meinem alten Studienort teilnehmen zu können und eine Rede halten zu dürfen - ein grandioser Abschluss, für den ich dankbar bin.

Trotz alledem gibt es auch Schatten in der politischen Landschaft. [Der Mord an Walter Lübcke](#) beschäftigt mich und meine Landtagsfraktion sehr. Warum diese Mordtat unser Erachtens hätte verhindert werden können, lest ihr unten.

Außerdem gibt es einen [Bericht zum Hessentag](#), den wir Linken lieber ohne Bundeswehr-Beteiligung genießen würden.

Auch im Landtag war einiges los, insbesondere in Sachen Bildungspolitik. Die SPD legt einen [Gesetzesentwurf zur Lehrer\\*innenbildung](#) fort, der endlich Fahrt in die Debatte bringt.

Die Regierung wiederum möchte die [Digitalisierung in Schulen](#) vorantreiben. Leider bemüht sie dafür das FDP-Motto "Digitalisierung first, Bedenken second" zu sehr und läuft Gefahr, die Chancengerechtigkeit weiter zu torpedieren.

Diese und weitere spannende Artikel könnt ihr in meiner diesmonatigen Ausgabe des Newsletters lesen.

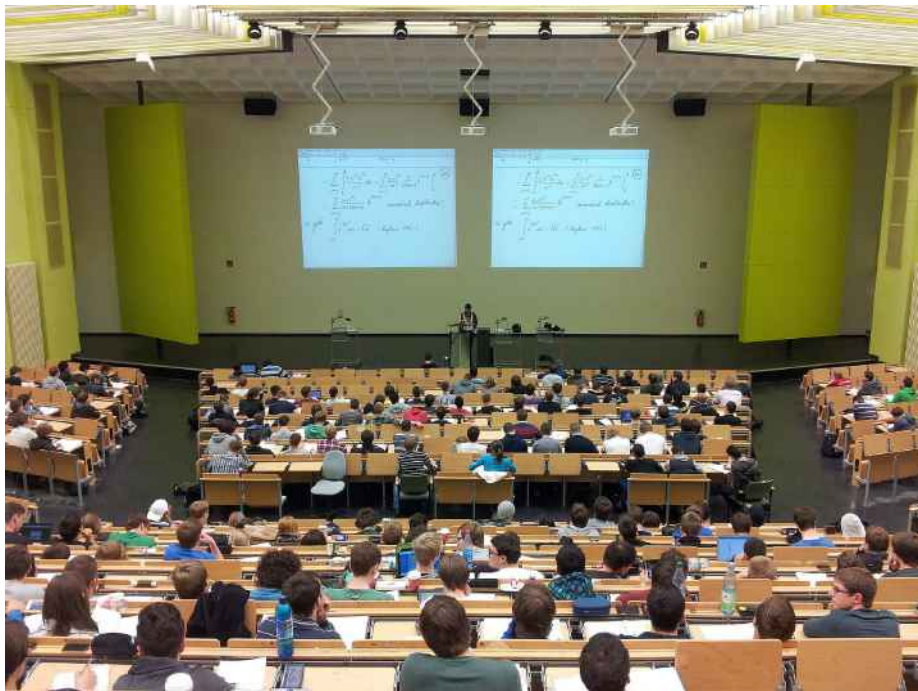
Sonne und Sommer sollten die nächsten Wochen genügend vorhanden sein. Um den Sozialismus kämpfen wir noch weiter - versprochen. Bis dahin herzliche Grüße und [schöne, erholsame Sommerferien!](#)

## Übersicht

- [1. Schwarz-Grün muss in der Lehrer\\*innenbildung endlich liefern!](#)
- [2. Update Berufeinstiegsbegleitung](#)
- [3. Digitalpakt kommt - wer zahlt und wer profitiert?](#)
- [4. Hessentag 2019 mit Licht und Schatten](#)
- [5. Rechter Terror tötet hessischen Regierungspräsidenten](#)
- [6. CSD in Marburg - laut, bunt und fröhlich!](#)
- [7. Kostenloses Mittagessen an Schulen](#)
- [8. Fridays for Future erkämpft den Klimanotstand](#)
- [9. Kostenloser Badespaß für Kinder & Jugendliche in Wiesbaden](#)
- [10. Du hast was zu sagen?](#)
- [11. Korrektur zum letzten Newsletter](#)
- [12. Schöne Ferien!](#)

## Neues aus dem Landtag:

### Schwarz-Grün muss in der Lehrer\*innenausbildung endlich liefern!



Vor gar nicht allzu langer Zeit war die hessische Schulpolitik von dem Mantra der „demographischen Rendite“ geprägt. Die Erwartung sinkender Schüler\*innenzahlen hat sich als falsch erwiesen und somit auch die Nichtwiederbesetzung von Lehrer\*innenstellen. Die Folge dieser Politik ist ein

immer spürbar werdender Lehrkräftemangel an hessischen Schulen. In den letzten drei Jahren folgten tausende Hilferufe aus den Kollegien, Brandbriefe und Überlastungsanzeigen wurden an das Kultusministerium geschickt, die die tagtäglichen Belastungen thematisierten. Gleichzeitig mit der politischen Fehleinschätzung der Schüler\*innenzahlen wurden Lehrkräfte vor immer mehr neue Herausforderungen gestellt, für die sie oft gar nicht aus- oder weitergebildet wurden. Die Arbeitsbelastung für hessische Lehrerinnen und Lehrer ist so enorm angestiegen und oftmals nicht genügend qualifizierte Seiteneinsteiger\*innen sollen nun den Lehrkräftemangel kompensieren. Insgesamt ist das eine prekäre Situation für die Kultuspolitik – aber trotz großer Ankündigungen in der letzten Legislatur blieb die Landesregierung bisher untätig. Dies zeugt nicht nur von politischem Unvermögen, sondern vor allem von einer Ignoranz gegenüber den eigenen Lehrkräften, die oft über der Belastungsgrenze arbeiten müssen.

Die [SPD hat nun einen Entwurf zur Modernisierung der Lehrer\\*innenbildung vorgelegt](#), der Schwarz-Grün in Zugzwang bringen wird. Für uns als LINKE. Im Hessischen Landtag steht fest, dass nun deutliche Schritte zur Aufwertung des Berufes gegangen werden müssen. Dazu gehören für uns A13 für alle, ein Recht auf Weiterbildung, 3000 neue Lehrer\*innenstellen, die endgültige Beendigung des Befristungsunwesens, ein Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Ausbildung, die Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung sowie von Fachwissenschaft, Pädagogik, Didaktik und Methodik über den gesamten Zeitraum der Ausbildung, Berücksichtigung von Inklusion, Integration, Ganzttag, Vielfalt und Digitalisierung in der Ausbildung, eine gemeinsame Ausbildung aller Lehrkräfte mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen, eine Vereinheitlichung und deutliche Reduzierung der Pflichtstundenzahl sowie ein langfristiges Personalentwicklungskonzept des Landes.

Viele von unseren Forderungen sind auch in dem Gesetzentwurf der SPD zu finden. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf der Einführung einer gestuften Ausbildung – also hin zu einem Bachelor/Master-System. Als Hauptargument für diese Umstrukturierung wird die Polyvalenz, also die mehrfache Verwertbarkeit eines Abschlusses und eine damit verbundene Offenheit im Wechsel hin zu einem Lehramtsstudium, genannt. Im Anhörungsverfahren wird zu klären sein, inwiefern eine solche Reform den oben genannten Herausforderungen gerecht werden kann. Wir sind angesichts der Erfahrungen aus anderen Bundesländern noch skeptisch bzgl. der Abschaffung des Staatsexamens und der damit verbundenen Hoffnungen. Allerdings freuen wir uns über den Vorstoß der SPD, der endlich Schwung in die Debatte um Lehrer\*innenbildung bringt – von der Landesregierung hat man bisher vergeblich auf eine Initiative gewartet.

---

## Update Berufseinstiegsbegleitung





Wie im letzten Newsletter schon besprochen, wird das vormals durch die EU kofinanzierte Programm der „Berufseinstiegsbegleitung“ in Hessen ab nächstem Schuljahr wohl nicht fortgeführt werden. Das Land will die ca. 15 Mio € im Jahr nicht aufwenden, um die ESF-Mittel zu ersetzen. Davon sind ca. 200 Vollzeitäquivalente, also viele Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter betroffen. Bis heute hat es keine öffentliche Aussage des Kultusministers dazu gegeben. Ich habe ihn im Landtagsplenum dazu aufgefordert, endlich den Beschäftigten und den Schülerinnen und Schülern öffentlich darzulegen, ob und ggf. wie das Programm weitergeführt werden soll.

Auch unser Antrag an den Nachtragshaushalt, welcher die nötigen 15 Mio € zur Verfügung gestellt hätte, wurde ohne Begründung abgelehnt. Wir solidarisieren uns weiterhin mit den betroffenen Beschäftigten und Schülerinnen und Schülern und werden weiter Druck machen, um die Berufseinstiegsbegleitung in Hessen vielleicht doch noch zu retten – Bayern und Sachsen haben es vorgemacht.

---

## **Digitalpakt kommt – wer zahlt und wer profitiert?**



Die Landesregierung legte Anfang Juni einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Digitalpaktes in Hessen vor. Immerhin war sie damit im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ schnell. Aber was plant Schwarz-Grün und was ist davon aus linker Sicht zu halten?

Als Kooperationsprojekt des Kultusministeriums, des neu geschaffenen Digitalministeriums und des Finanzministeriums angelegt, ist das Gesetzeswerk doch ein ziemliches Stückwerk geworden. Während sich die Digitalministerin um den bereits angestoßenen Breitbandausbau kümmern soll, regelt die Vorlage vor allem die Vergaberichtlinien und die Finanzierung der Gelder des Paktes. Schon im Rahmen einer Pressekonferenz im Mai ging Schwarz-Grün mit dem Versprechen an die Öffentlichkeit, anstelle der von der Bundesvereinbarung geforderten 10% Kofinanzierung wolle man in Hessen ganze 25% bezuschussen. Doch bereits zu dem Zeitpunkt hörte man aus den kommunalen Spitzenverbänden, dass das Land bei dieser Zahl einmal wieder ordentlich trickse und die Schulträger, also vor allem die Kommunen, einen erheblichen Anteil an dieser Kofinanzierung tragen sollen. Und genau so sieht es auch der Gesetzesentwurf der Landesregierung vor: die 25% sollen hälftig vom Land und hälftig von den Schulträgern übernommen werden. Damit sollen hessische Schulträger mit 12,5% mehr finanzieren als manch anderes Bundesland mit den vorgegebenen 10%. Wie so oft in der Vergangenheit schmückt sich Schwarz-Grün also mit fremden Federn. Die Schulträger sollen für die Finanzierung Kredite bei der WI-Bank bekommen, deren Tilgung das Land immerhin zur Hälfte übernehmen will. Dennoch wälzt das Land die Schuldenlast auf die Kommunen ab, anstelle diese gleich mit dem Betrag auszustatten, den das Land durch die Tilgung sowieso übernehmen will.

Um das Problem plastischer zu machen lohnt sich ein Blick in die konkreten Zahlen. Insgesamt stehen Hessen für 5 Jahre rund 500 Millionen Euro zur Verfügung. Davon kommen ca. 372 Millionen vom Bund. Das Land Hessen

und die Schulträger sollen gemeinsam 124 Millionen aufbringen. Im Jahr wird das Programm das Land Hessen somit 12,5 Millionen Euro Eigenanteil kosten. Inklusiv der Bundesmittel sind das dann pro Schülerin oder Schüler nur rund 108€. Es stellt sich die Frage, wie von diesem Betrag flächendeckend Schulen digitalisiert, trotzdem die Lernmittelfreiheit garantiert, Wartung und Weiterbildung finanziert werden sollen. **Die Antwort ist denkbar einfach: Gar nicht.** Diese anfallenden Kosten, die nicht direkt die technische Ausstattung der Schulen betreffen, können nicht über die Bundesgelder abgerufen werden. Inwiefern sie über die Kofinanzierung der Kommunen und des Landes beantragt werden können, bleibt unklar. Abrufen können die Schulträger zukünftig sowieso nur ein bestimmtes Kontingent der Gelder, welches nach der Schüler\*innenzahl berechnet wird.

Eine solche Verteilung führt zu einigen Ungerechtigkeiten. So werden Ballungsräume bevorteilt, während vor allem ländliche Regionen weniger davon profitieren werden – wobei oft genau dort der Investitionsbedarf besonders hoch ist. In der Berechnung der Kontingente müsste deswegen nicht nur die Schüler\*innenzahl, sondern auch der reelle Bedarf als Berechnungsfaktor herangezogen werden. Das Ziel sollte schließlich eine flächendeckende Versorgung sein, so dass alle Kinder eine gute Infrastruktur auf ähnlich gutem Niveau in ihren Schulen vorfinden. Wir haben große Zweifel, ob diese Chancengleichheit mit diesem Verteilungskonzept erreicht werden kann.

Besonders kritikwürdig ist, dass das Kultusministerium es nicht für notwendig hält, pädagogische Konzepte und Ziele mit der Fragestellung zu entwickeln, was mit der Digitalisierung hessischer Schulen überhaupt erreicht werden soll und wie neue Geräte in den Unterricht eingebunden werden können. Das auch vom Kultusminister hochgehaltene „Primat der Pädagogik“ ist aber aktuell nur eine Worthülse, die gefüllt werden müsste. Das überlässt man lieber den Schulen, also den Lehrkräften, die Konzepte entwickeln sollen. Fazit: Eine ambitionslose Landesregierung nimmt andere in Verantwortung, wo sie selbst orientierungslos ist.

## **Das Parlament ist nicht alles:**

### Hessentag 2019 mit Licht und Schatten





Anfang Juni war es wieder soweit – der Hessentag nahm eine komplette Stadt ein. Dieses Mal fand der Hessentag im nordhessischen Bad Hersfeld statt und wie immer ist auch die Landespolitik gefragt vor Ort zu sein. Es freuen sich die meisten Besucherinnen und Besucher verständlicherweise vor allem auf Musik, Essen und Trinken. Die Parteien des Landtages wollen im Zelt der Landesausstellung mit dem Verteilen allerlei mehr oder weniger Nützlichem punkten. Als Linke haben wir unser berühmt berüchtigtes Glücksrad angeboten – von mir selbst mit großer Freude bedient. Gemeinsam mit den anderen Abgeordneten und unseren vielen Helferinnen und Helfern konnten wir außerdem mit einem Quiz zum Klimaschutz und einer Umfrage zum Kohleausstieg 2030 spannende Debatten anstoßen, die Menschen aktuell bewegen.

Die wichtigste politische Aktion des Hessentages ist aber die Demonstration gegen die Präsenz der Bundeswehr. Immer wieder zeigt sich die Armee auf dem hessischen Volksfest mit schwerem Kriegsgerät und einem eigenen Camp. Dort dürfen dann auch Kinder auf gepanzerten Fahrzeugen klettern und vor allem auffällig junge Menschen werden von Mitgliedern der Bundeswehr angesprochen. Schon frühzeitig hat sich daher das Bündnis „Für einen friedlichen Hessentag“ gegründet, welches eine Demo gegen die Präsenz der Bundeswehr organisierte. An den Aktionen haben ich, andere LINKEN-Mitglieder und Abgeordnete sowie über 200 andere Friedensbewegte teilgenommen. Gemeinsam konnten wir ein starkes Zeichen gegen Militarisierung und die Normalisierung einer Armee in der Mitte der Gesellschaft setzen.

[Auch eine Parlamentsarmee hat auf einem Volksfest nichts zu suchen.](#) Vor allem ist aber die Anwerbung junger Menschen für den Wehrdienst auf dem Hessentag vollkommen inakzeptabel. In einer von der AfD beantragten Debatte im Landtag wurde klar, dass außer der LINKEN damit scheinbar keine Fraktion ein Problem hat. Aber wir bleiben dabei: gemeinsam mit der Friedensbewegung werden wir so lange gegen die Militärpräsenz auf dem Hessentag demonstrieren, wie dort Kriegsgerät zur Schau gestellt wird!

## Rechter Terror tötet hessischen Regierungspräsidenten

# Menschen schützen- Gemeinsam gegen Nazis

**DIE LINKE.**

Auch mich hat die Nachricht vom feigen Mordanschlag auf den christdemokratischen Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübcke, sehr getroffen. Sein Mut und sein Engagement für Flüchtlinge in Zeiten von Pegida und moralischen Verfall ist umso bewundernswerter, desto weniger selbstverständlich diese klaren Positionen für Humanität und Toleranz gerade auch in den Unionsparteien sind.

Es ist seitdem viel über die Tat und deren Hintergründe geschrieben worden. Über die Überraschung des konservativen Bürgertums, dass es gewaltbereite Rechtsextremist\*innen gibt. Über die Überraschung von antifaschistischen Initiativen, dass dies für das konservative Bürgertum nach über ein Dutzend rechtsextremer Morde in den letzten 3 Jahren eine Überraschung darstellt. Und über die naheliegende Vermutung, dass der Nährboden für rechtsextreme Gewalt von der verbalen Gewalt der AfD ausgeht und geschützt wird.

Als Landtagsfraktion haben wir bereits 2015 den Verfassungsschutz um Informationen über den Mörder Stephan E. gebeten. Dieser Neonazi ist kein ungeschriebenes Blatt, sondern seit Jahren in Antifa-Kreisen bekannt und als potenziell gewaltbereit beschrieben. Wir haben damals keine Antwort erhalten. Lübcke wurden also von einem den Behörden bekannten Neonazi ermordet. Angesichts der NSU-Morde und deren versuchte Aufklärung in einem Untersuchungsausschuss macht es fassungslos, wie unterschätzend staatliche Sicherheitsorgane immer noch mit der Gefahr von rechts umgehen. Im besten Fall ist das Versagen auf Naivität und Unfähigkeit zurückzuführen.

Leider mussten wir am 19.Juni erfahren, dass die Fraktionen CDU, Grüne, FDP und SPD einen gemeinsamen Antrag einbrachten, in dem sie den Mord an Lübcke verurteilen und ihre Trauer kundtun. Die Fraktion DIE LINKE. wurde nicht mit eingebunden. Wir bedauern es sehr, dass selbst angesichts rechtsradikaler Gewalt ein demokratischer Konsens seitens der „Mitte“-Parteien nicht gewünscht wird.

Dabei wissen wir: Immer wieder sterben Menschen durch rechte Gewalt. Die Gefahr durch rechten Terror ist mit dem Erstarken der politischen Rechten in ganz Europa deutlich gestiegen. Sie ist nicht auf Einzeltäter zurückzuführen, sondern auf ein braunes Terror-Netzwerk, dass sich ähnlich wie islamistische Terrornetzwerke gegenseitig unterstützt und Infrastruktur bietet. Diese Hintergründe gilt es alsbald zu beleuchten und deutlich ernster zu nehmen, als dies immer wieder geschieht.

Immerhin wurde uns Linken nun vom Landtagspräsidenten gewährt, in alle Geheim-Protokolle des NSU-Ausschuss erneut Einsicht nehmen zu können.



Wir werden diese Protokolle erneut bewerten müssen, denn schon damals haben wir bei unseren Untersuchungen zahlreiche Hinweise auf Rechtsterror und Kennbeziehungen von hessischen Neonazis zum NSU gefunden. Die Sicherheitsbehörden und der Innenminister sind nun am Zug. Nach dem Versagen im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex sind weitere Fehler und Versäumnisse durch nichts mehr zu entschuldigen.

## CSD in Marburg – laut, bunt und fröhlich!



Am 22. Juni fand das erste Mal seit Jahrzehnten der [CSD wieder in Marburg statt](#). Bei herrlichem Sonnenschein zogen drei- bis viertausend LGBTQ-Aktivist\*innen und Sympathisant\*innen durch die Marburger Straßen. Auch wenn der CSD eine einmalig schöne Mischung aus politischer Ausdrucksfähigkeit und entspannter, ausgelassener Party-Atmosphäre herstellt, gilt es vor allem den Personen zu danken, die sich seit Jahrzehnten für LGBTQ-Rechte einsetzen und harte Repressalien aus Staat und Gesellschaft hinnehmen mussten – ohne diesem tapferen Engagement wäre das eigentlich Selbstverständliche heute immer noch unsichtbar.

Besonders zu nennen ist der Widerstand an der New Yorker Szenebar „Stonewall Inn“ vor exakt 50 Jahren. Wieder einmal traten Polizisten in diesen an der Christopher Street gelegenen Hotspot für LGBTQ ein, um „pervernes Verhalten“ strafrechtlich zu ahnden, Lesben einzuschüchtern, Schwule zu demütigen. Dass die Polizei auch Lockvögel einsetzte, um homosexuelle Personen überführen zu können, war auch nichts Neues. Neu war aber das Ausmaß an Widerstand, der die Beamten entgegenschlug. Die LGBTQ-Gemeinde schützte sich spontan gegenseitig, verhinderte Verhaftungen und sorgte dafür, dass sich die Polizisten in das Innere der Bar zurückziehen mussten. Dies war das Fanal für ein neues Selbstbewusstsein der queeren Szene, die Zusammenstöße wiederholten sich daraufhin über mehrere Tage. Dieser plötzliche Widerstand hat Einstellungen bei Teilen der Mehrheitsgesellschaft verändert. Man begann zu begreifen, dass LGBTQ nicht Kriminelle, Sünder\*innen oder Geisteskranke seien, sondern Mitglieder einer diskriminierten Minderheit.

Dieses neue Selbst- und Fremdverständnis steht nun mit dem Aufstieg der Rechtspopulist\*innen wieder massiv unter Beschuss. In den USA ist es wieder ok, wenn homosexuelle Hochzeitspaare vom religiösen Konditor eine Hochzeitstorte verweigert wird. Voller Wut und Trauer erinnern wir uns an das homophobe Hassverbrechen vor drei Jahren im Pulse-Nachtclub von Orlando,

als 49 zur LGBTQ-Szene gehörende Menschen ermordet wurden.

Und auch wenn die Marburger Politik sich in Sachen Diversität und Toleranz nicht verstecken muss, ist dies auch für Teile der Marburger Stadtgesellschaft nicht selbstverständlich. Denn in Marburg steht der Regenbogen nicht nur für die LGBTQ-Gemeinschaft, sondern auch für die elitär und männerbündisch organisierte studentische Verbindung Corps Teutonia, welche die Farben ihrer Uniform auf der Straße vor der Wasserscheide hinterlassen haben. Zu meiner Freude durfte ich an dieser Stelle eine Rede halten, in der ich auch auf das dort liegende Café Con:text aufmerksam machen konnte. Dieses ist verbunden mit dem ChristusTreff, welches durch ihre Nähe zu sog. Konversionstherapien traurige Bekanntheit erlangte.

Der ChristusTreff ist übrigens auch der Verein, der im links-alternativ geprägten Waggonhallen-Areal (ein Kultur- und Gastronomiegebiet) einen Lokschuppen kaufen wollte – und ihn indirekt bekommen hat. Dort werden in Zukunft Gottesdienste und evangelikale Events stattfinden und dem [besonderen Charakter des Waggonhallen-Areals einen ordentlichen Knick verpassen](#). Das alles ist im Kontext eines Prozesses zu sehen, in dem der ChristusTreff sich immer mehr und mehr Raum aneignet und für zweifelhafte Missionierungsversuche nutzt. Hier stellt sich die Frage: Wem gehört die Stadt? Wer hat die Möglichkeit, sich innerhalb einer Stadt-Infrastruktur wohl zu fühlen? Wer ist sichtbar, wer muss unsichtbar bleiben? Die LGBTQ-Gemeinschaft hat es verdient, gesehen und gehört zu werden. Deshalb unterstütze ich voll und ganz ihre Forderung nach einem queeren Zentrum in der Innenstadt!

---

## Volle Bäuche für alle!



Ab August bekommt in Berlin jedes Kind der Jahrgangstufen eins bis sechs ein für sie kostenfreies und gesundes Mittagessen von der Schule. Das ist Förderung des Kindeswohls und entspricht laut Artikel 72 Grundgesetz der öffentlichen Fürsorge! Das bekämpft Kinderarmut!

Ein gesundes Mittagessen gehört für uns Linke zum Bildungsangebot. Eine gesunde Ernährungsweise, eingebunden in den Lernalltag, fördert den Bildungserfolg. Das zeigen mit ihren Ergebnissen skandinavische Länder, wo alle Kinder und Jugendliche ein kostenfreies Essen mit hohen Qualitätsstandards und aus regionalen Produkten erhalten. Was dort möglich ist, wird jetzt auch bei uns möglich. Berlin macht den Anfang. Ich bin sehr gespannt, wie die Hessen und andere Bundesländer damit umgehen werden.

Im Jahr 2014 wurden Linke&Piraten im Wiesbadener Rathaus noch belächelt ob ihres Antrages, das Schulessen stärker zu subventionieren und ein Konzept vorzulegen, wie und in welchen Schritten das Schulmittagessen kostenfrei werden kann.

Eine [Initiative der Linksfraktion im Deutschen Bundestag](#) zur Aufhebung des Kooperationsverbots und zur Finanzierung eines gesunden und für Eltern kostenfreien Mittagessens aus Bundesmitteln sowie zur Bereitstellung von Mitteln für die Schaffung der notwendigen räumlichen, personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür wurde 2017 durch die Bundestagsmehrheit abgelehnt. Während die SPD dort immerhin noch erklärte, dass Wege gesucht werden müssen, die Bundesländer zumindest zu unterstützen, haben CDU



und CSU wortreich erklärt, dass dies nicht ginge und nicht gewollt ist. Tankred Schipanski (CDU) hat die Idee mit folgendem Zitat bewertet:

**"Das kennen wir von den Linken! Immer derselbe Mist!"**

## Gastbeiträge

### Fridays for Future erkämpft den Klimanotstand!

Von: Ann-Christine Spart-Wolf, Presse- und Öffentlichkeitsreferentin Linke&Piraten Rathausfraktion Wiesbaden



#### **Wiesbaden erklärt sich solidarisch mit der Fridays für Future Bewegung!**

Nach langer und hitziger Debatte beschließt das Stadtparlament auf Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden (L&P) die Solidarisierung mit der FFF Bewegung.

„Für seine Zukunft auf die Straße zu gehen und die Versäumnisse der Politik anzuprangern ist das Recht und die Aufgabe eines jeden mündigen Bürgers und einer jeden mündigen Bürgerin. Das haben unsere Schüler\*innen im Unterricht gelernt. Von mir gibt es dafür eine 1 mit Sternchen!“ meint der sozialpolitische Sprecher der Fraktion Ingo von Seemen.

Im Beschluss des Stadtparlaments heißt es unter Beschlusspunkt 3: Die

#### **Wiesbaden erklärt Klimanotstand**

Der gemeinsame Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion mit den Fraktionen SPD und GRÜNEN ist nach einer [heftigen Diskussion im Stadtparlament](#) angenommen worden. Es ist ein großer Schritt in die richtige Richtung für die Landeshauptstadt

Die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Aglaja Beyes, zeigt sich motiviert: „Neben der sozialen Gerechtigkeit ist die Klimafrage das wichtigste Thema unserer Zeit. Mit den richtigen Maßnahmen, da sind wir überzeugt, geht beides. Ja, wir können und wir müssen zig-Tausende Wohnungen bauen für Familien, Studierende, Rentner\*innen, für Geflüchtete und für Menschen, die gemeinschaftlich wohnen wollen. Diese Wohnungen müssen bezahlbar sein, auch für

Stadtverordnetenversammlung betrachtet die Streiks und Demonstrationen der Wiesbadener Schüler\*innen als angemessene und notwendige Form des zivilen Protestes.

Daraufhin riefen CDU, FDP und AfD gleich das Ende des Rechtsstaates aus. Sie begründeten ihre Ablehnung damit, dass „Schule schwänzen“ nicht durch das Stadtparlament legitimiert werden dürfe.

Zum Glück waren sich LINKE, PIRATEN, SPD und GRÜNE aber einig, dass es bei den Protesten keineswegs um das Schwänzen der Schule geht. „Es ist unsere Aufgabe, als gewählte Vertreter\*innen der Wiesbadener Bürgerschaft, deutlich zu machen, dass es bei den Demonstrationen eben nicht darum geht die Schule zu schwänzen. Denn wer schwänzen will der bleibt zu Hause. Diese Schüler\*innen gehen aber bei Wind und Wetter nach draußen und kämpfen für ihr Anliegen.“ argumentiert von Seemen.

Das sah zum Glück auch die Rot-Rot-Grüne Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung so. Der Antrag wurde gegen die Stimmen von CDU, AfD, FDP und der Freien Wähler angenommen.

kleine Einkommen und ja, sie können und müssen klimafreundlich sein. Wir dürfen niemals zulassen, dass die soziale Frage und die ökologische Frage gegeneinander ausgespielt werden, sondern zeigen, wie beides Hand in Hand geht.“

Auch der sozialpolitische Sprecher der L&P Fraktion, Ingo von Seemen, beteiligte sich an der Diskussion: „In dem vorliegenden Antrag beschließen wir, dass wir in Wiesbaden alles dafür tun wollen, damit es erst gar nicht zur Klimakatastrophe kommt. Dem kurzfristigen Streben nach Profit wird ein generationenübergreifendes Gerechtigkeitsdenken entgegengestellt. Dieser Beschluss kann nur ein Anfang sein, unsere bisherige Art zu leben grundsätzlich in Frage zu stellen. Dieser Beschluss ist ein radikaler Eingriff in die Politik dieser Stadt. Gut so!“

## Kostenloser Badespaß für Kinder und Jugendliche in Wiesbaden

Von: Matthias Seilberger, Mitglied im Sprecher\*innenrat DIE LINKE. Wiesbaden



In Wiesbaden leben ca. 50.000 Kinder und Jugendliche, die sich im Sommer - vor allem während der Ferien – zwischen sechs Schwimmbädern entscheiden können. Ohne Ferienkarte liegt der Beitrag zwischen 1.50€ und 3€. Bei einem Hartz IV-Tagessatz von ca. 14€ wird das schnell zu teuer, so dass vor allem Kinder aus Hartz-IV Familien von dem Badespaß ausgeschlossen werden. Damit werden sie auch aus ihrem Freundeskreis ausgeschlossen. Wie die [World Vision Kinderstudie](#) zeigt, haben Kinder ein sehr starkes Bewusstsein für soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Das zeigt sich für die Kinder besonders daran, dass „etwa jedes fünfte Kind in Deutschland seine eigene Situation als von Armut geprägt [wahrnimmt]. Fast 80 Prozent der betroffenen Kinder könnten dadurch nicht all die Freizeitangebote – etwa den Besuch eines Kinos oder eines Schwimmbads – wahrnehmen, die sie sich wünschten.“

Ein freier Eintritt ins Schwimmbad für Kinder würde mehr gesellschaftliche und sportliche Teilhabe ermöglichen, denn die Schwimmbäder sind vor allem in den Sommermonaten und in Ferienzeiten ein wichtiger Ort sportlicher Freizeitaktivitäten. Auch vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von jungen Nichtschwimmer\*innen muss die Stadt ein Interesse daran haben, allen Kindern den Zugang zu Schwimmbädern zu gewähren, um das Schwimmen und das Schwimmenlernen zu fördern. Gerade für Familien mit eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten wäre der kostenlose Eintritt für Kinder ein Anreiz, mehr Freizeit im Schwimmbad zu verbringen und so mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu haben.

Laut Berechnungen würde dies der Stadt etwa 422.000€ kosten. Das aber ist der Stadt zu teuer. Man bedenke, die Stadt hat 2017 ein Haushaltsüberschuss von über 90 Mio. € erzielt und besitzt insgesamt mehr als 250 Mio. € Rücklagen. Die jährlichen Kosten für das RMCC, von 12-14 Mio. €, zahlt die Stadt aus der Portokasse, aber um Kinderarmut zu bekämpfen ist kein Geld da. Ein Armutszeugnis für unsere schöne Stadt.

Du hast was zu sagen?





Du möchtest auch einen Gastbeitrag schreiben? Kein Problem! Schick Deinen Entwurf an [e.kula2@ltg.hessen.de](mailto:e.kula2@ltg.hessen.de) und gib im Betreff "Gastbeitrag für Newsletter" an. Wir werden deinen Beitrag prüfen und vielleicht schon im nächsten Newsletter veröffentlichen.

Du willst einfach nur Deine Meinung loswerden? Auch kein Problem! Schick uns Deinen Leserbrief an [e.kula2@ltg.hessen.de](mailto:e.kula2@ltg.hessen.de).

Wir freuen uns auf Eure Beiträge!

---

## Korrektur zu Förderschullehrkräften

Im vergangenen Newsletter ist uns ein Fehler passiert.

In dem Artikel „An hessischen Förderschulen fehlen zuviele Lehrkräfte“ haben wir geschrieben: „Für das Lehramt an Förderschulen kommt hinzu, dass die Lehrer\*innen deutlich geringer besoldet werden als an anderen Schulformen. Auch sie müssen endlich nach der Besoldungsgruppe A13 bezahlt werden!“ Dies ist falsch. Förderschul-Lehrkräfte erhalten bereits A13. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Es sind die Grundschullehrer\*innen, die noch immer nach A12 bezahlt werden und die über die Kampagne der GEW-Hessen "[A13 für Alle](#)" jährlich am 13. November mit hessenweiten Aktionen auf diesen skandalösen Missstand aufmerksam machen.

---

## Sommerferien!



Ich wünsche allen Schüler\*innen in Hessen schöne Ferien und verabschiede mich in die Sommerpause. Was macht ihr in den Ferien? Fahrt ihr in den Urlaub?

Leider stellt sich diese Frage für viele nicht. Für Alleinerziehende, Minijobber oder prekär Beschäftigte ist eine Urlaubsreise oft unerreichbarer Luxus. Manche Kinder waren deshalb noch nie im Urlaub. DIE LINKE möchte das ändern: Dafür wollen wir unter anderem öffentliche Schwimmbäder erhalten und für Kinder kostenfrei anbieten. Ingo v. Seemen und LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden haben dazu bereits einen Antrag gestellt, der leider keine Mehrheit gefunden hat.

Ich freue mich schon darauf, euch alle gut erholt nach den Ferien wieder begrüßen zu dürfen



